



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 20.03.2017

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadträtin Magdalena Bopp
Stadtrat Alfred Braig
Stadtrat Otto Deeng
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Flavia Gutermann
Stadtrat Hubert Hagel
Stadtrat Ralph Heidenreich
Stadtrat Ulrich Heinkele
Stadtrat Walter Herzhauser
Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadtrat Friedrich Kolesch
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Herbert Pfender
Stadtrat Dr. Heiko Rahm
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadträtin Silvia Sonntag
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Josef Weber
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.03.2017

entschuldigt:

Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

Außerdem:

BM Braun, Maselheim
BM Glaser, Schemmerhofen mit ihren jeweiligen Gemeinderäten
BM Jautz, Warthausen

Protokollführerin:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Dietmar Geier, e.wa riss bis TOP 2 zeitweise
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Erster Bürgermeister Roland Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bericht zum aktuellen Sachstand Interkommunales Industriegebiet Rißtal	
2.	Interkommunales Industriegebiet Rißtal (IGI Rißtal) - Bildung eines Zweckverbandes	2017/012

Die Mitglieder wurden am 06.03.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.

TOP 1. Bericht zum aktuellen Sachstand Interkommunales Industriegebiet Rißtal

Die Gemeinderäte aus Biberach, Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen haben sich zur gemeinsamen öffentlichen Gemeinderatssitzung in der Turn- und Festhalle Warthausen versammelt. Hintergrund der gemeinsamen Sitzung ist, bei allen am geplanten Interkommunalen Industriegebiet Rißtal beteiligten Gemeinden den gleichen Sach- und Informationsstand zu erreichen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung lässt OB Zeidler wissen, StRin Jeggler sei als langjährige Europaabgeordnete und in den verschiedensten Bereichen engagiert mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Er trägt ihr ehrenamtliches Engagement vor und gibt zu verstehen, ihre Strahlkraft habe auch nach ihrer Zeit als Europaabgeordnete nicht nachgelassen. Er gratuliert herzlich zur Ehrung und überreicht einen Blumenstrauß. Es wird applaudiert.

BM Kuhlmann erinnert an die Grundsatzklärung zur Bildung des Zweckverbands IGI im Jahr 2015. Damals habe der Bereich noch nicht konkret festgestanden. Er zeigt den aktuellen Sachstand anhand des Planes auf und erläutert ihn und das weitere Verfahren mit einer Powerpoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist. Die Firma Handtmann habe ihren Bedarf konkretisiert und wolle die Metallgußproduktion mit 9,5 Hektar sowie Teile aus dem Standort Aspach verlagern, weshalb kurzfristig 10 bis 15 Hektar benötigt würden und inklusive einer Reserve insgesamt ein Bedarf von 22,5 Hektar angemeldet worden sei. Weiter wolle man an einer zentralen Stelle Entwicklungsflächen für kleinteilige Gewerbebetriebe anbieten.

Er erläutert an Beispielen die Kriterien der Standortsuche in der Region um Biberach und zeigt auf, dass mögliche Standorte sehr umfassend abgefragt und eruiert wurden. Zwei Vorschläge habe man dabei näher untersucht. Neben der Option im nördlichen Rißtal sei dies eine Fläche südlich von Biberach gewesen. Die südliche Variante habe den Nachteil, dass die Bahnlinie zu weit weg wäre. Beide Standorte habe man mit dem Regierungspräsidium und dem Regionalverband abgestimmt. Für den vorgeschlagenen Standort im nördlichen Rißtal solle nun das Zielabweichungsverfahren erfolgen. Er gehe davon aus, dass eine Zustimmung im Sommer 2017 vorliegen könne. Sofern gegen den Bescheid rechtlich vorgegangen würde, könnte dies Verzögerungen bringen. Andernfalls könne der Flächennutzungsplan auf den Weg gebracht und zeitversetzt Bebauungsplan und die Infrastrukturplanung angegangen werden.

Es wird applaudiert.

TOP 2. Interkommunales Industriegebiet Rißtal (IGI Rißtal) - Bildung eines Zweckverbandes 2017/012

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 2017/012 zu einer ersten Beratung gemeinsam mit den übrigen IGI-Gemeinden vor.

BM Glaser aus Schemmerhofen führt durch den Satzungsentwurf und gibt zu verstehen, die Entscheidung habe zentrale Bedeutung für die Wirtschaft der Region. Die notwendigen Voraussetzungen könne man nur gemeinsam erbringen, was sich in den Satzungsregelungen widerspiegle. Der Zweckverband übernehme die Aufgaben eines Planungsverbandes. Grundsatz der Organisation sei eine gute und schnelle Zusammenarbeit, weshalb man die Regelungen „schlank gehalten“ habe, um operativ schnell und unkompliziert handeln zu können. Die Geschäftsstelle solle in Biberach sein, da dort das entsprechende Know-how schon aufgrund der Größe vorhanden sei. Er betont, dass die aktuell zu fassenden Beschlüsse nur deklaratorischen Charakter hätten und nachfolgend noch die einzelnen Gemeinden mit ihren Gremien tagten. Den Satzungsentwurf habe man bereits dem Regierungspräsidium zugeleitet und es sei davon auszugehen, dass noch Änderungen erforderlich würden.

Es wird applaudiert.

Anschließend diskutieren die anwesenden Bürgermeister nacheinander mit ihren Gemeinderäten das Thema. Den Auftakt macht **Warthausen**. Hier plädiert Gemeinderat Schuy für den Zweckverband. Dabei führt er an, dass man auf das IGI angewiesen sei, wolle man die gute Arbeitslosenquote und das Niveau der Gewerbesteuererinnahmen halten und mittelfristig absichern. Ohne IGI bestehe die Gefahr von Produktionsverlagerungen und damit der Verlust von Arbeitskräften und Kaufkraft. Er moniert, dass man in den letzten zwei Jahren nicht wirklich weitergekommen sei. Mit dem IGI kämen die Kommunen ihrer sozialen Verpflichtung zur Sicherung der Lebensgrundlage nach. Wer aus ökologischer Sicht dagegen sei, müsse bedenken, dass durch wohnortnahe Arbeitsplätze auch kurze Wege bestünden, was für die Umwelt von Vorteil sei.

Gemeinderat Hummler sieht durch die Aufteilung Nachteile für Warthausen, das allein Flächen einbringe und damit am meisten belastet werde. Dies gelte auch für die Verkehrsbelastung. Er mahnt, dass die Entwicklung in diesem Tempo aus ökologischer Sicht nicht fortgesetzt werden dürfe und kritisiert zu schnelle Flächenversiegelungen.

Die Probeabstimmung des Gemeinderats Warthausen ergibt mehrheitliche Zustimmung bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

Bei der Diskussion des Gemeinderats **Maselheim** spricht Gemeinderat Weber Flächenversiegelungen und den hohen Energieverbrauch der Industrie an und dass sich im Rißtal die besten Böden befänden.

Die Probeabstimmung des Gemeinderats Maselheim ergibt mehrheitliche Zustimmung bei 1 Nein-Stimme von Gemeinderat Weber.

Anschließend ist der Gemeinderat **Schemmerhofen** aufgerufen und Gemeinderat Glaser meint, man habe Verantwortung für die Ernährungssituation der steigenden Weltbevölkerung. Die Hälf-

te der vorgesehenen Fläche des Industriegebiets werde versiegelt und der Rest der Landwirtschaft für Ausgleichsflächen entzogen.

Die Probeabstimmung des Gemeinderats Schemmerhofen ergibt Zustimmung bei 1 Nein-Stimme.

Abschließend ist der **Biberacher Gemeinderat** zur Diskussion aufgerufen.

StR Walter bemerkt einleitend, „Wer heute nicht an morgen denkt, ist schnell weg.“ Vorausschauendes, zukunftsgerichtetes Denken sei daher wichtig. Vier Gemeinden arbeiteten an diesem Ziel gemeinsam auf Augenhöhe und nicht gegeneinander, wie dies aktuell zum Teil auf der Welt mit „America first“ der Fall sei. Die Firmen leisteten Hervorragendes und sicherten Einkommen, Wohlstand und Zukunft und ermöglichten Investitionen auf hohem Niveau, in Biberach vor allem in Bildung und Betreuung. Er bezeichnet die Sicherung von Unternehmen und die Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten als Pflichtaufgabe und sozial nachhaltiges Handeln im Sinne aller Bürger. Entwicklung und Forschung seien das Herz von Unternehmen. Produktion und Logistik benötigten in Folge Platz. Dass nachhaltig gebaut werde verstehe sich in Deutschland von selbst, weshalb unterstützt werden müsse, dass Unternehmen nicht in anderen Regionen investierten, wo unter Umständen schneller, aber dafür schmutzig gebaut werde. Er sichert die konstruktive Begleitung und Unterstützung des IGI durch die CDU-Fraktion zu.

StRin Kübler meint, die konjunkturellen Voraussetzungen könnten nicht besser sein. Ziel der SPD-Fraktion sei es, den Wirtschaftsstandort für erfolgreiche Unternehmen weiterzuentwickeln und sie am Standort zu halten. Im Zuge von Industrie 4.0 gehe man von weiteren Unternehmensanfragen aus. Zum Teil würden auch kurzfristig Grundstücke benötigt, damit Betriebszweige nicht andernorts verlagert würden, was den Abbau von Arbeitsplätzen in der Region zur Folge haben könnte. Daher sei die SPD froh, dass man ein passendes Gebiet und andere Kommunen mit gleichem Ansatz und Intention gefunden habe. Sie äußert die Hoffnung auf ein positives Zielabweichungsverfahren und dass keine Zeitverzögerung erfolge, damit ein Baubeginn 2018 angestrebt werden könne. Als wichtig bezeichnet sie ein transparentes Verfahren und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StR Heinkele bemerkt, auch die Freien Wähler hätten sich ausführlich mit dem Eingriff in die Natur beschäftigt und dies mit den Vorteilen für die Firmen und Arbeitsplätze in der Region abgewogen. Letztlich komme man zum Ergebnis, dass die Vorteile des IGI überwiegen. Als wichtig bezeichnet er den Bahnanschluss, der auch von der Firma Handtmann gefordert werde und viel Verkehr vermeide.

StR Weber erinnert an die ersten Planungen zum IGI noch auf Gemarkung Schemmerhofen, das mit einem Bahnanschluss ausgestattet gewesen wäre. Er meint, für das IGI am aktuell geplanten Standort sei ein völlig neues Verkehrskonzept erforderlich und der Aufstieg nach Mettenberg damit überflüssig. Er hebt auf innovative und erfolgreiche Handwerksbetriebe in Familienhand ab und zeigt sich stolz, eine intakte Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten. Ministerpräsident Kretschmann habe einmal gesagt, Ziel müsse Wachstum nicht zu Lasten der Landschaft sein. Auch in Deutschland existierten Industriebrachen und er frage sich, warum die Arbeit nicht zu den Menschen gehe. Er gibt die Flächenversiegelung und die Hochwassergefahr zu bedenken und moniert, dass der ökologische Ausgleich der Landwirtschaft Flächen doppelt entziehe. Alternative Aus-

gleichsmaßnahmen könnten seines Erachtens Dachbegrünungen sein. Die Grünen lehnten den Zweckverband ab.

StR Funk räumt ein, der Flächenverbrauch sei nicht unerheblich. Dies habe man wohl bedacht. Ein Arbeitsplatz bei der Firma Handtmann benötige heute viel mehr Fläche als vor 50 Jahren und es sei klare Entscheidung der FDP-Fraktion, ortsansässige Firmen wie Handtmann halten zu wollen.

StR Heidenreich zeigt sich erschrocken über die Intensität, mit der das Projekt betrieben werde und spricht Baumfällarbeiten im Vorgriff auf die Zustimmung sowie den „seltsamen Zufall“ an, dass die Gebietsverlagerung ausgerechnet dorthin erfolge, wo Handtmann bereits Grund besitze. Zum Satzungsentwurf merkt er an, der Verwaltungsrat habe viele Befugnisse und tate vermutlich nichtöffentlich und ohne jede Einflußnahme der Gemeinderäte. Damit hätte man keine öffentliche Kontrolle über Ausnahmegenehmigungen. Daher empfiehlt er, den Vertrag abzulehnen, da die Politik praktisch entmündigt würde und eine Hintergehung demokratischer Rechte erfolgte.

StR Dr. Schmid führt aus, er könne die Argumente seiner Fraktionskollegen nachvollziehen, er sehe aber im IGI eine Chance für die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region, auch wenn ein enormer Flächenverbrauch und hohe Emissionsbelastungen entgegenstünden. Daher müssten hohe ökonomische Standards berücksichtigt werden. Die Bahnanbindung für Güter und Personal bezeichnet er als zwingend, ebenso eine energetisch vernünftige Versorgung des Gebiets und sinnvolle ökologische Ausgleichsflächen. Daher werde er mit Magengrimmen und Skepsis zustimmen, wobei seine Skepsis aus der Abwertung des ökologischen Aspekts im Rahmen der Diskussion des Stadtentwicklungskonzepts resultiere.

OB Zeidler stellt klar, die Tätigkeiten des Verwaltungsrats seien in § 7 Abs. 4 geregelt. Dieser tate öffentlich. Gleiches gelte für die Verbandsversammlung, deren Sitzungen nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit in der Regel auch öffentlich seien. Man habe nichts zu verheimlichen.

Bei der anschließenden Probeabstimmung spricht sich der Gemeinderat mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen (StRe Hölz, Sonntag, Weber, Dr. Wilhelm) für die Mitgliedschaft im Zweckverband Interkommunales Industriegebiet Rißtal (IGI Rißtal) und den Entwurf der Zweckverbandssatzung aus.

OB Zeidler dankt für die Gastfreundschaft und BM Jautz lädt zum gemeinsamen Vesper ein. (Applaus)

Gemeinderat, 20.03.2017, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadträtin:	Goeth
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann